

Katrin Großmann
André Schaffrin
Christian Smigiel *Hrsg.*

Energie und soziale Ungleichheit

Zur gesellschaftlichen
Dimension der Energiewende
in Deutschland und Europa



Springer VS

Energie und soziale Ungleichheit

Katrin Großmann · André Schaffrin
Christian Smigiel
(Hrsg.)

Energie und soziale Ungleichheit

Zur gesellschaftlichen
Dimension der Energiewende
in Deutschland und Europa

 Springer VS

Herausgeber

Katrin Großmann
Erfurt, Deutschland

Christian Smigiel
Erfurt, Deutschland

André Schaffrin
Köln, Deutschland

ISBN 978-3-658-11722-1

ISBN 978-3-658-11723-8 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-11723-8

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Katrin Emmerich, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Inhalt

Energie und soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa –
eine Einführung 1
André Schaffrin, Christian Smigiel und Katrin Großmann

I Theoretische und konzeptionelle Zugänge

1 Geographies of energy poverty and vulnerability in the European
Union 29
Stefan Bouzarovski

2 Energiearmut als multiple Deprivation vor dem Hintergrund
diskriminierender Systeme 55
Katrin Großmann

3 Mobilitätsarmut in der sozialwissenschaftlichen Debatte 79
Kerstin Stark

4 Zu einer sozial differenzierten Handlungstheorie des
Energiekonsums 101
Jens S. Dangschat

II Lebenslagen energiearmer Haushalte

5 Energiearmut in Österreich: Erfahrungen, Umgangsweisen und Folgen .. 131
Karl-Michael Brunner, Anja Christanell und Sylvia Mandl

- 6 Energiearmut und Gesundheit. Die Bedeutung von Wohnbedingungen für die soziale Ungleichheit im Gesundheitszustand 157
Nadine Reibling und Regina Jutz
- 7 Energy Deprivation and the Spatial Transformation of Athens in the Context of the Crisis. Challenges and Conflicts in Apartment Buildings 185
Evangelia Chatzikonstantinou and Fereniki Vatavali
- 8 Spielräume am Limit. Energiearmut in der systemisch-lösungsorientierten Beratungspraxis der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz – Ursachenkonstellationen und Beratungsansätze 209
Antje Kahlheber

III Definition, Operationalisierung und Messung von Energiekostenbelastung

- 9 Anforderungen an Energiearmutsmaße. Ein Beitrag zur normativen und empirischen Definition 241
Peter Heindl, Philipp Kanschik und Rudolf Schüssler
- 10 Messung von Energiearmut trotz Datenmangels. Vorstellung einer Methode zur Bestimmung des erforderlichen Energieverbrauchs 263
Ines Imbert, Marie Sevenet, Patrice Nogues und Jean-Marie Bahu
- 11 Energieungleichheit international: Welche Rolle spielen nationale Kontextfaktoren? 291
André Schaffrin und Alexander Schmidt-Catran
- 12 Erschwinglichkeit der Stromversorgung und Förderung erneuerbarer Energien – eine empirische Analyse für Deutschland 319
Erik Gawel, Helena Geißler und Paul Lehmann

IV Sozial- und Energiepolitik

- 13 Das deutsche Transfersystem in Zeiten von Klimaschutz und Energiewende 349
Holger Cischinsky, Joachim Kirchner und Christian von Malottki

- 14 Energiearmut als neues Konfliktfeld in der Stromwende 377
Tobias Haas
- 15 Energie *prepaid*. Sozio-technische Implikationen im Management
energiearmer KonsumentInnen durch *Prepayment-Meter* 403
Thomas Berger
- 16 Verteilungswirkungen ökonomischer Anreize für energetische
Sanierungen 425
*Anna-Lena Guske, Klaus Jacob, Nico Pestel, Claire Range und
Eric Sommer*
- 17 Energy vulnerability trends and factors in Hungary 455
Stefan Bouzarovski, Sergio-Tirado Herrero und Saska Petrova
- 18 Energiesperren vermeiden, Energiearmut lindern. Erfahrungen aus
Nordrhein-Westfalen 475
Claudia Schöllgen und Stephanie Kosbab

V Energie und soziale Ungleichheit in Stadt und Quartier

- 19 Energiegerechte Stadt- und Regionalentwicklung. Konturen eines
Strategie- und Forschungsfeldes 493
Ralf Schüle
- 20 Energiekosten und Wohnstandortentscheidungen: neue Treiber für
sozialräumliche Segregationsprozesse? 521
Juliane Welz und Katrin Großmann
- 21 Aspekte sozialer Ungleichheit in energieeffizienten Gebäuden.
Das Beispiel IBA Hamburg 2013 551
Stefan Krümmel und Ingrid Breckner
- 22 Soziale und planerische Aspekte der energetischen
Gebäudemodernisierung. Partizipative Planung, Zielkonflikte
und Akzeptanz 579
Sonja Haug, Karsten Weber und Matthias Vernim

VI Nachhaltiger Energiekonsum, Lebensstile und Milieus

- 23 Risiko energetische Sanierung? Untersuchungen zur Differenz von Energiebedarf und -verbrauch sowie deren Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte 611
Anna Wolff, Johannes Schubert und Bernhard Gill
- 24 Energiekonsum – sozial differenziert betrachtet. Eine Reflektion lebensstil- und milieuerientierter Ansätze zur Beschreibung und Erklärung unterschiedlicher Energieverbrauchsmuster privater Haushalte 635
Nadine Haufe und Jens S. Dangschat
- 25 Energiekonsumverhalten privater Haushalte und energieeffiziente Bestandsentwicklung. Potentiale kommunikativer Ansätze für die Energiewende vor dem Hintergrund soziodemografischer und milieuspezifischer Unterschiede am Beispiel von Fallsiedlungen in Erfurt und Kassel 663
Luciana Löbe und Heidi Sinning

Exkurs Energie und soziale Ungleichheit in der Hochschullehre

- 26 Teaching Energy Poverty. Lessons Learnt From an International Research & Teaching Initiative on Energy Vulnerability in Five Cities 699
Adam Radzimski, Theresa Weinsziehr, Stephan Bartke, Nina Hagemann, Petr Klusacek, Stanislav Martinat and Katrin Großmann

Energie und soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa – eine Einführung

André Schaffrin, Christian Smigiel und Katrin Großmann

1 Einleitung

Seit Beginn der 2000er Jahre -und nicht erst im Zuge der Energiewende- steigen in Deutschland die Energiekosten privater Haushalte (Statistisches Bundesamt 2016). Dies trifft verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Maße, was wiederum unterschiedlich stark von wohlfahrtsstaatlichen Programmen abgefedert wird. Es ist jedoch der anhaltenden Debatte um steigende Strompreise für Privathaushalte im Zuge der Energiewende in Deutschland zu verdanken, dass Themen wie Energiearmut, also die ungleiche Betroffenheit von Geringverdienern durch Energiepreissteigerungen bei gleichzeitig unzureichender Wohnsituation, das Interesse der Öffentlichkeit geweckt haben. Gleichzeitig verdeutlicht diese öffentliche Debatte eine wichtige Erkenntnis zur Wahrnehmung von Energie und sozialer Ungleichheit in Deutschland: Die Belastung von einkommensschwachen Haushalten durch steigende Energiekosten stand bisher nicht im Fokus. Vielmehr wurden soziale Fragen lediglich als medialer Wegbereiter für eine Kritik am Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland und den damit verbundenen Gesetzen und Regelungen genutzt. Die öffentliche Aufmerksamkeit in Medien und Politik währte gleich einem „Blitzlichtgewitter“ nur sehr kurz und wurde rasch von anderen Themen abgelöst.

Im Zentrum dieser Kritik stand vor allem die Umlageregelung zur Finanzierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), wofür Anfang 2014 eine Novellierung vorbereitet wurde, die am 1. August 2014 in Kraft trat (BMWi 2016). In diesem Zusammenhang wurden aber Lösungsansätze, um Notlagen durch steigende Energiepreise zu begegnen, eher untergeordnet behandelt gegenüber der Frage der Regulierung des „ungebremsten“ Ausbaus erneuerbarer Energien (Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2015). Vor diesem Hintergrund ist auch der Abbruch dieser Debatte nach Inkrafttreten der Novellierung zu verstehen. Selbst nach

Bekanntgabe der Vorschau zur erneuten Erhöhung der Umlage des Erneuerbaren Energien Gesetzes auf Verbraucherenergiepreise im Oktober 2015 für das Jahr 2016 (Netztransparenz 2015) fand keine erneute Diskussion um steigende Energiekosten und die damit verbundene Belastung von Geringverdienern statt.

Die geringe öffentliche Aufmerksamkeit, die die gerechte Verteilung der Energiekosten erfährt, ist bedenklich, da die durch hohe Energiekostenbelastungen hervorgerufenen tatsächlichen Notlagen und Problemstellungen sozialer Ungleichheit weiterbestehen und in Zukunft potenziell noch weiter zunehmen werden. So sind in Deutschland die warmen Nebenkosten seit dem Jahr 2000 für Geringverdiener besonders stark angestiegen (Kocks 2013). Dass die steigenden Kosten zu einer Überlastung einkommensschwacher Personen führt, lässt sich darüber hinaus an den geschätzt 312.000 Stromsperren für Privathaushalte ableiten, die im Jahr 2011 veranlasst wurden (Klimaallianz Deutschland 2013). Auch wird von wissenschaftlicher Seite auf soziale Konsequenzen energetischer Sanierung insbesondere durch Verdrängung und sozialräumlichen Segregation von Haushalten durch steigende Wohnkosten hingewiesen (Malottki und Vache 2013; Grossmann et al. 2014a). Abseits der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit haben daher Verbraucherschutz- und Sozialverbände auf das Ausmaß der sozialen Folgen steigender Energiepreise und energetischer Maßnahmen mit einer Reihe von Projekten zur Energiearmut reagiert (Schaller und Kopatz 2014; Verbraucherzentrale RLP e.V. 2013; Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. 2015).

Verschiedene Faktoren sprechen dafür, dass Energiekostenbelastungen und deren ungleiche Verteilung in der Gesellschaft in der Zukunft auch in Deutschland zunehmen werden. Zum einen hat in den 2000er Jahren eine weitere Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung stattgefunden (OECD 2011). Des Weiteren nimmt der Preisdruck auf vielen städtischen Wohnungsmärkten – vor allem in den größeren Kommunen – erheblich zu (Rink et al. 2015). Mit dem Internationalen Klimaschutzabkommen von Paris in 2015, den ambitionierten nationalen Zielen der deutschen Energiewende sowie den Klimaschutzgesetzen auf Landesebene (z.B. MWKEL 2014) ist auch auf politischer Ebene zu erwarten, dass der Druck für Entscheidungsträger wieder steigen wird, sich mit den sozialen Konsequenzen (oder Chancen) des Umbaus des Energiesystems auseinanderzusetzen.

Sozialwissenschaftliche und interdisziplinäre Forschung zur Energiearmut/Verteilung von Energiekosten haben die Aufgabe, für Aufmerksamkeit, Sachlichkeit und Transparenz zu sorgen. Bis vor kurzem bestand die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Wechselwirkungen von Energiesystemen und sozialer Ungleichheit in Deutschland jedoch nur aus wenigen Pionierarbeiten. Einer der ersten Artikel zum Thema Energiearmut, ein Begriff, der zunächst aus dem Englischen für „energy poverty“ übernommen wurde, stammt aus dem Jahr 2010 (Kopatz, Spitzer, und

Christanell 2010). Er stellte die britische Debatte vor und berichtete über Projekte zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei der Reduzierung ihrer Energiekosten in Deutschland und Österreich. Die medial geführte Kontroverse um mögliche Auswirkungen des EEG in Deutschland hat dann zu einer Reihe von Impulsen für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema geführt. Viele dieser ersten sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten orientierten sich bei der Erarbeitung relevanter Forschungsperspektiven und -fragestellungen zunächst an der prominent geführten britischen Debatte um Heizkosten („fuel poverty“) (Tews 2014; Heindl 2014; Bardt, Niehues, und Techert 2012; Buchholz et al. 2012; Grösche 2010; Kopatz 2013). Dieser Blick über den Tellerrand hat mit dazu beigetragen, dass es mittlerweile eine vielfältige und vielstimmige Beschäftigung mit dem Themenkomplex Energie und soziale Ungleichheit in Deutschland gibt. Neben der eigentlichen Betrachtung von Energiearmut werden hierunter auch weitere Themenstränge wie z. B. Konsumverhalten, soziale Praktiken und Lebensstile oder sozialräumliche Segregation untersucht, die belegen, dass es sich um ein großes Forschungsfeld mit vielen noch offenen Fragen handelt.

Das Ziel dieses Sammelbandes ist es zu zeigen, welche Arbeiten in den vergangenen Jahren stattgefunden haben und welche Erkenntnisse dabei zutage gefördert wurden. Hierbei soll zum einen die aktuelle wissenschaftliche Debatte und der Stand empirischer Analysen zum Thema dokumentiert werden. Zum anderen sollen die Beiträge dieses Sammelbands bestehende Fragestellungen vertiefen und in ihrer Zusammenstellung ein fundiertes und ganzheitliches Bild von Wechselwirkungen zwischen Energie und sozialer Ungleichheit aufzeigen. Dabei gehen wir über die in den Medien vorherrschende, eher eingeschränkte Sicht auf monetäre Benachteiligung von einzelnen Bevölkerungsschichten hinaus.

Eine Reduzierung auf energiebedingte Armutslagen wäre ebenfalls zu kurz gegriffen. Der Begriff „soziale Ungleichheit“ wurde von uns hier bewusst gewählt, um unterschiedliche gesellschaftliche Perspektiven anzusprechen und die Sozialstruktur in ihrer Komplexität ins Blickfeld zu rücken. Unter sozialer Ungleichheit fassen wir die Situation, dass manche Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Ressourcenausstattung (zum Beispiel der Bildungsgrad oder die Einkommenshöhe) oder ihrer Lebensbedingungen (beispielsweise die Wohnverhältnisse) aus gesellschaftlichen Gründen regelmäßig bessere Lebens- und Verwirklichungschancen als andere Gruppierungen haben (Einfluss, Wohlstand, Ansehen, Gesundheit, Sicherheit etc.) (vgl. Hradil 2001, S. 27–46). Diese ganzheitliche Perspektive erlaubt uns, umfassend die Ursachen sowie die strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen, die zu einer Belastung von Haushalten durch ihre Energiekosten führen, in den Blick zu rücken. Hierzu zählen neben den tatsächlichen Ausgaben für Strom und Wärme auch die energetischen Standards verschiedener Wohngebäude und Quartiere,

Lebensumstände und Mobilitätsanforderungen, das generelle Konsumverhalten von Haushaltsenergie, individuelle Lebensgewohnheiten und Mobilität, Stadt- und Quartiersentwicklung sowie gesetzliche Rahmenbedingungen von Sozial-, Energie- und Wohnungspolitik. Diese gesellschaftspolitische Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa ist die Basis für Fairness, individuelle Lebenschancen, die Gewährleistung sozialer Grundrechte – und damit nicht zuletzt für die Akzeptanz energiepolitischer Maßnahmen im Rahmen der Energiewende.

2 Energie und soziale Ungleichheit

2.1 Aus der „Akzeptanz-Ecke“ herauskommen: Warum die sozialwissenschaftliche Perspektive mehr Aufmerksamkeit benötigt

Energie ist eine materielle Ressource, die soziale Praktiken und soziale Teilhabe ermöglicht. Sie ist darüber hinaus ein Element der Grunddaseinsvorsorge, dessen Bedeutung auch aufgrund zunehmender Technisierung und Beschleunigung alltäglicher Lebenswelten zunimmt. Das beginnt bei der Zubereitung von Essen, der Verfügbarkeit von geheiztem oder gekühltem Wohnraum, durchdringt Berufswelten, ermöglicht die Erweiterung von Aktionsräumen, die Teilhabe an Medien und so weiter. Wie viele andere materielle Ressourcen auch steht sie in Beziehung zu den sozialen Strukturen der Gesellschaften, auch wenn sie weniger sichtbar, weniger präsent ist als beispielsweise Geld oder Konsumgüter. Deshalb stehen technische Energielösungen immer auch in einem sozialen Kontext.

Die Transformation der Energiesysteme wird in der politischen und wissenschaftlichen Debatte in Deutschland vor allem aus technischer, ingenieurwissenschaftlicher und ökonomischer Perspektive betrachtet. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung betont strategisch die Lösung von Zukunftsfragen über technische Innovationen (BMBF 2014). Diese starke Festlegung auf technologische Strategien (exemplarisch in der Morgenstadt, siehe Bullinger und Röthlein 2013) gepaart mit ambitionierten nationalen Zielen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen (gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020 und um 80 bis 95 Prozent bis 2050, siehe BMUB 2014) legen nahe, dass umfassende Veränderungsprozesse auch im Wohnsektor und für Privathaushalte zu erwarten sind. Insbesondere auf städtischer Ebene werden technische Lösungen unter dem Slogan „smart cities“ vielfach zum neuen politischen Leitbild erhoben (Höffken und Million 2014). Dies geht einher mit neuen technischen Möglichkeiten energieeffizienten Wohnens

(energetische Sanierung, Effizienz von technischen Geräten), der Installation von Erneuerbare-Energien-Systemen (Photovoltaik, Geothermie, Hackschnitzelanlagen, etc.) sowie neuen Mess- und Steuerungsinstrumenten (Smart-meters, integrierte Steuerungssysteme, etc.), die vorangetrieben werden. Hinzu kommen dezentrale und flexible Energiesysteme, z. B. in Form von Demand-Side-Management, virtuellen Kraftwerken und Smart-Grid-Lösungen. Diese fortschreitende Technisierung des Wohnsektors begeistert und begünstigt jedoch nicht alle NutzerInnen gleichermaßen. Vielmehr stellt sie Haushalte aus unterschiedlichen Gründen vor erhebliche Herausforderungen und frustriert andererseits die EntwicklerInnen und ImplementiererInnen der Technik, etwa wenn in Wohnhäusern mit Wärmetauschern geheizt wird, aber alte Lüftungsgewohnheiten beibehalten werden. Die Antwort auf (vermeintlich) soziale Barrieren technischer Entwicklung heißt dann häufig „sozialwissenschaftliche Begleitforschung“: die Hoffnung, dass SozialwissenschaftlerInnen sagen können, wie die neue Technik besser an die NutzerInnen vermittelt werden kann.

Unserer Ansicht nach ist diese Perspektive auf die sozialwissenschaftliche Forschung zu Energiefragen jedoch sehr eingeschränkt. Denn es bleibt abzuwarten, ob technische Innovationen zu einer Stärkung von Wohlfahrt, Teilhabe und Demokratieentwicklung führen werden, wie dies Rifkin (2014) in seiner Vision einer dritten industriellen Revolution entwirft. Technische Energielösungen stehen immer in einem sozialen Kontext von Planern, Energieversorgern, Beratern, Betroffenen, Nutzern, politischen Entscheidungsträgern, u. v. a., welche durch ihr individuelles bzw. organisationales Handeln und ihre Einbettung in soziale und institutionelle Rahmenbedingungen soziale Ungleichheit reproduzieren und beeinflussen. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Ungleichheit (OECD 2011) ist es angebracht, diese Wechselwirkungen zwischen technischen Lösungen und sozialen Konsequenzen zu untersuchen. Sozialwissenschaftliche Studien leisten hierfür einen wichtigen Beitrag, insofern sie sich nicht nur auf Akzeptanz- und Begleitforschung technischer Umsetzungsprojekte beschränken, sondern eigene Fragestellungen entwickeln.

2.2 Von der britischen „fuel poverty“ zur deutschen Diskussion um Energiepreise

Die sozialwissenschaftliche Energie- und Ungleichheitsforschung stellt sich den oben skizzierten Herausforderungen, indem sie komplexe und dynamische Wechselwirkungsprozesse zwischen den gesellschaftlichen Dimensionen eines sich rapide verändernden Energiesystems untersucht und fragt, welchen Einfluss Energiesysteme

auf soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa nehmen. Im Folgenden geben wir deshalb einen kurzen Einblick in die zeitliche Entwicklung der Diskussion um Energie und soziale Ungleichheit bevor die spezifischen Fragestellungen und Beiträge des vorliegenden Sammelbandes vorgestellt werden.

Bereits im Rahmen der internationalen UN-Umweltkonferenz in Rio 1992 wurden soziale und ökologische Konsequenzen (energie-)wirtschaftlicher Aktivitäten in der wohl bekanntesten Nachhaltigkeitsdefinition als Balance zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen verankert und bestehen bis heute als Grundlage für die Bewertung von technischen und energetischen Maßnahmen (z. B. Barbier 2011). Eine konkrete Problemdefinition, welche den Zusammenhang zwischen Energie und sozialer Ungleichheit systematisch und messbar für Haushaltsenergie aufgezeigt und in der Gesetzgebungspraxis verankert hat, fand sich allerdings zunächst nur in Großbritannien mit dem 10 %-Indikator zur Messung von „fuel-poverty“ (Boardman 1991; Association for the Conservation of Energy 2010; Preston, White, und Guertler 2010; Stockton und Campbell 2011). Als energiearm wurden hierunter Haushalte eingestuft, welche mehr als 10 % ihres verfügbaren Einkommens für Wärme ausgeben müssten, um ihre Wohnung auf eine adäquate Raumtemperatur zu heizen. Der 10 %-Indikator hat in Großbritannien eine umfassende politische und wissenschaftliche Debatte zur Relevanz und zur Messung dieser „fuel poverty“ ausgelöst und damit eine Vielzahl an relevanten Studien in der britischen (Boardman 2010; Hamza und Gilroy 2011; Liddell et al. 2012; Hills 2012) und europäischen Forschung (Bouzarovski 2013; Bouzarovski, Petrova, und Sarlamanov 2012) hervorgerufen. Diese Studien zu „fuel poverty“ zeigen, dass Energiekonsum nicht nur durch technische Effizienz von Wohngebäuden determiniert ist, sondern auch durch individuelle finanzielle Ressourcen, Energiepreise, genauso wie durch Verhaltensgewohnheiten, Lebensstile und Energiepraktiken auf der Haushaltsebene (Sardianou 2007; Snodin und Scott 2008; Wall und Crosbie 2009).

Der Fokus der Debatte um „fuel-poverty“ in Großbritannien auf bezahlbarer Wärme und der damit einhergehende „Ursachendreiklang“ von energetischem Gebäudezustand, Einkommen und Energiepreisen wurde in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften aufgegriffen. Aufgrund der laufenden politischen Debatte um erhöhte Energiepreise fokussieren Studien zu Energiearmut in Deutschland eher auf Strom- als auf Heizkosten (Kopatz, Spitzer, und Christanell 2010; Tews 2014). Sie thematisieren, dass die Energieentwicklung unmittelbare Auswirkungen auf soziale Lebenswelten hat. Darüber hinaus zeigen diese Studien, dass technische Effizienzsteigerungen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen nicht umgesetzt werden können, wenn die Akzeptanz der NutzerInnen (z. B. Hildebrand, Rau, und Schweizer-Ries 2012; Huijts, Molin, und Steg 2012) und das individuelle Energiekonsumverhalten (z. B. Hierzinger et al. 2011) nicht hinreichend berücksichtigt wird.

Da nicht nur das Konsumverhalten nach sozialen Gruppen unterschiedlich ausfällt, sondern auch die entsprechenden Technologien im Wohnbereich Anforderungen an die technischen Fähigkeiten der NutzerInnen stellen, sind hier potenziell negative Effekte auf die soziale Ungleichheit von Privathaushalten zu erwarten.

Weiterhin thematisieren sozialwissenschaftliche Arbeiten Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Benachteiligung im Zuge steigender Energiekosten im Rahmen der deutschen Energiewende (Heindl, Schüßler, und Löschel 2014; Tews 2014). Hierbei wird diskutiert, dass einkommensstarke Haushalte relativ gesehen weit weniger von steigenden Energiepreisen und Mietsteigerungen durch energetische Sanierung betroffen sind als Haushalte mit geringem Einkommen, obgleich deren absoluter Energiekonsum wesentlich höher liegt (Campbell 1993; Santamouris et al. 2007; Schaffrin 2014; Boyce 2007). Damit verringert sich nicht nur die Effektivität energie- und klimapolitischer Maßnahmen zur Reduzierung von Haushaltsenergie, es werden auch die falschen Zielgruppen, also Haushalte mit geringerem Einkommen und niedrigerem Energiekonsum, belastet (Schaffrin 2013).

Ein weiterer Strang der Debatte befasst sich mit der Verbindung von Energiewende und Wohnungsmarkt. Der deutsche Wohnungsmarkt hat gegenüber Großbritannien die Besonderheit, dass er von Miet- statt von Eigentumsverhältnissen dominiert wird. Daher kommen Wohnmobilität und die Abhängigkeit der Haushalte von den Entscheidungen der MieterInnen stärker in den Blick. Grundsätzlich können aktuelle Studien, wie zum Beispiel die des BBSR (2015) aufzeigen, dass Energiekosten pro Quadratmeter in Mieterhaushalten mit geringem Einkommen tendenziell höher sind und transferabhängige Haushalte deutlich öfter in subjektiv als renovierungsbedürftig eingeschätzten Gebäuden leben. Unklar ist jedoch oftmals, welche sozial-räumlichen Auswirkungen insbesondere energetische Sanierung von Mietgebäuden hat (Großmann et al. 2014a). Wenn zum Beispiel der derzeitige Energieverbrauch von Gebäuden deutlich eingeschränkt und die energetische Sanierungsrate pro Jahr auf zwei Prozent erhöht werden soll (BMUB 2014), dafür aber nur begrenzte staatliche Förderung zur Verfügung gestellt wird, bleibt ungeklärt, wer am Ende die Kosten trägt. Die Wohnungswirtschaft wehrt sich gegen hohe Sanierungsforderungen der Politik mit Verweis auf Kosten-Nutzen-Dilemmata und nicht zuletzt auch mit Verweis auf soziale Fragen (Gerth u. a. 2011). Eine wirkungsvolle Lobby gegen Verdrängungssanierung besteht dagegen nicht. Deshalb fragen Studien neben dem Zusammenhang zwischen steigenden Energiepreisen, verringertem Einkommen und energieeffizientem Wohnen auch nach dessen sozialräumlicher Konzentration in Städten (Färber 2013; Grossmann et al. 2014b). Jedoch fehlen hier systematische und vergleichende empirische Studien, die über Fallbeispiele hinausgehen.